



NEWSLETTER 06/2022

FORUM | MIGRATION



© pitman - 123rf.com

Unverzichtbarer Beitrag

Jede_r sechst_e Erwerbstätige in Gesundheits- und Pflegeberufen ist im Ausland geboren, mehr als ein Viertel der Ärzt_innen hat einen Migrationshintergrund. Die Tendenz ist deutlich steigend. Ohne Migrant_innen stünde das deutsche Gesundheitssystem „vor einem Kollaps“, stellt der Sachverständigenrat Migration (SVR) in seinem neuen Jahresgutachten fest. Weil der Bedarf an Fachkräften weiter steigen werde, müssten Zugangsmöglichkeiten „vereinfacht und nachhaltig gestaltet werden“, so der SVR.

Unter anderem empfehlen die Fachleute, stärker für Zuwanderung bereits in die Ausbildung zu werben. So würden langwierige Anerkennungsverfahren und Transferprobleme aufgrund unterschiedlicher Berufsbilder und Ausbildungsinhalte entfallen. Zudem könnten die Zugewanderten durch Kontakt zu anderen Auszubildenden leichter Deutsch lernen. Unternehmen, die Mitarbeitende aus dem Ausland rekrutieren, sollten ein Integrationskonzept entwickeln und Ansprechpersonen benennen, die den Zuwandernden zur Seite stehen. Den Bereich der häuslichen 24-Stunden-Pflege, die vor allem von Osteuropäer_innen geleistet wird, sieht der SVR viel-

fach „rechtlich in einer Grauzone“. Geltende Gesetze würden hier oft nicht eingehalten, besonders die Regelungen zu Arbeitszeit und Mindestlohn. Eine freiwillige Selbstregulierung der Unternehmen, wie sie der privaten Pflegewirtschaft teils vorschwebt, ist jedoch nach Auffassung des SVR kein Ausweg – sie „ersetzt keine staatlich-politischen Lösungen“. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssten sowohl die Entsendeunternehmen im Ausland als auch die Vermittlungsagenturen im Inland beitragen. „Sie müssen als Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für die Betreuungskräfte zur Verfügung stehen, Aufklärungsarbeit leisten sowie garantieren, dass Gesetze und ethische Standards eingehalten werden“, heißt es in dem Gutachten.

SVR Jahresgutachten: <https://bit.ly/3al4Upn>

24h-Pflege-Schwerpunkt Forum Migration 08/21: <https://bit.ly/3wLjsWv>

Sie arbeiten als häusliche Betreuerin (Live-In)/Haushaltshilfe in einem Privathaushalt in Deutschland oder haben vor, diese Arbeit demnächst aufzunehmen? Das DGB Projekt „Faire Mobilität“ hat die Antworten auf die wichtigsten Fragen in einem mehrsprachigen FAQ zusammengestellt: <https://bit.ly/3wxNU4v>

INHALT 06/2022

Unverzichtbarer Beitrag	1
Ukrainer_innen: Gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt	2
Migrationshintergrund in Pflege und Gesundheit	2
News + Termine	3
Geflüchtete aus der Ukraine brauchen Schutz – und Perspektiven am Arbeitsmarkt – Kommentar von Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	4



Ukrainer_innen: Gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Ein Teil von ihnen ist bereits wieder zurückgekehrt, trotzdem steigt die Zahl der insgesamt in Deutschland registrierten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Die Welt am Sonntag berichtete, dass zwischen dem Überfall Russlands am 24. Februar und Mitte Mai bundesweit rund 717.000 Menschen aus der Ukraine im Ausländerzentralregister neu erfasst wurden. 81 Prozent von ihnen sind weiblich. Allerdings können die Registrierten später in ein anderes Land weitergereist oder in die Ukraine zurückgekehrt sein.

Die Registrierung ist Voraussetzung für den Bezug staatlicher Leistungen. Aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtete Menschen haben ab dem 1. Juni automatisch Anspruch auf Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II. Der Bundesrat billigte ein entsprechendes Gesetz, das eine Absprache zwischen dem Bund und den Ländern umsetzt. Bislang erhalten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine die niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Mit den regulären Sozialleistungen sind zudem auch Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt verbunden. Die Flüchtlinge aus der Ukraine wechseln damit schneller als früher üblich in den Bezug regulärer Sozialleistungen. Zudem trägt damit auch der Bund schneller einen höheren Anteil der Kosten für die Versorgung der Kriegsflüchtlinge.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte, sie gehe davon aus, „dass die Mehrheit der Menschen wieder zurückkehren wird“. Ein Teil werde bleiben, wenn sie die Chance sähen, mit ihrer Qualifikation auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) räumt ihnen dabei gute Aussichten ein. Eine Studie des IW ergab, dass 93 Prozent der befragten geflo-

henen Ukrainer_innen Abitur oder studiert habe, 86 Prozent von ihnen waren vor der Flucht vor dem Krieg berufstätig. Die Kriegsflüchtlinge „bringen sehr gute Voraussetzungen mit, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, sagte Studienautor und IW-Ökonom Dirk Werner. Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern sei die Zahl der Anträge zur Anerkennung der beruflichen Qualifikation hoch. In den Jahren 2016 bis 2020 stellten laut IW rund 6.200 Menschen aus der Ukraine einen Antrag auf Berufsanerkennung – nur sieben Prozent der Abschlüsse wurden in Deutschland nicht anerkannt. Allerdings müssten die Flüchtlinge nun Unterstützung bei der Kinderbetreuung sowie flexible und bedarfsgerechte Angebote erhalten, etwa „passgenaue Sprachkurse“, so das IW. Das Bundesinnenministerium hatte bereits Ende März gut 1.900 Menschen aus der Ukraine befragen lassen, die sich zu dem Zeitpunkt maximal zwölf Wochen in Deutschland aufgehalten hatten. Befragt wurden vorwiegend Erwachsene im erwerbstätigen Alter, überwiegend Frauen. Von den Befragten gaben 52 Prozent der Menschen an, in Deutschland arbeiten zu wollen.

Die neu gewählte DGB Chefin Yasmin Fahimi (siehe Seite 3) warnte derweil vor bürokratischen Hürden bei der Integration ukrainischer Flüchtlinge. „Bevor sie irgendwelche Leistungen in Anspruch nehmen können, müssen sie zur Ausländerbehörde, um sich den Aufenthalt bestätigen zu lassen“, sagte Fahimi der Funke Mediengruppe. Dafür bräuchten sie einen persönlichen Termin. Das sei „im Moment das Nadelöhr. Das dauert oft viele Wochen“. In dieser Wartezeit bestehe die große Gefahr, dass die ukrainischen Flüchtlinge „nicht wohl gemeinte und zum Teil illegale Job-Angebote“ bekämen, so Fahimi. Der Staat solle bei den Ukrainern nicht in eine „nüchterne Verwertungslogik“ verfallen und sie als Lösung für

Deutschlands Fachkräftemangel betrachten. Wie lange die Ukrainer_innen in Deutschland blieben, könne niemand vorhersagen. „Wer glaubt, das Fachkräfteproblem in Deutschland durch die Ukrainerinnen und Ukrainer zu lösen, der ist schief-gewickelt.“ In erster Linie gehe es darum, den Menschen zu helfen.“

Kaum Flüchtlinge bei Konzernen

Mit Ausnahme der Post beschäftigen die großen deutschen Aktiengesellschaften kaum Flüchtlinge. Das zeigt eine Umfrage des Mediendienstes Integration. 32 der insgesamt 40 Dax-Unternehmen antworteten, 22 davon gaben an, keine Zahlen liefern zu können. Von den zehn Unternehmen, die Zahlen angaben, teilte eines mit, keine Geflüchteten zu beschäftigen. Die höchste Zahl nannte die Deutsche Post – sie gab an, aktuell 5.700 geflüchtete Menschen zu beschäftigen. Der Chemie- und Pharmakonzern Bayer folgte mit 81 Geflüchteten. Bei Henkel waren 50 Flüchtlinge beschäftigt. Der Pharmazulieferer Sartorius gab die Zahl mit 28 an, bei RWE waren es 26 Beschäftigte, bei Adidas 25, bei Puma 21, bei der Allianz 20 und fünf bei Brenntag. Auch von den insgesamt rund 380 Auszubildenden aus Asyl-Herkunftsstaaten, die von den Dax-Unternehmen bei der Umfrage angegeben wurden, entfiel der Löwenanteil – 290 Auszubildende – auf die Deutsche Post. Weil der Grund für das Aufenthaltsrecht bei Einstellung nicht erfasst wird, hatte der Mediendienst auch nach Mitarbeiter_innen aus den häufigsten Asyl-Herkunftsstaaten gefragt – Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Eritrea, Somalia, Nigeria und Pakistan. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte bereits zuvor festgestellt, dass kleine und mittlere Betriebe gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbeschäftigung einen überproportional hohen Anteil an Flüchtlingen beschäftigen.

Migrationshintergrund in Pflege und Gesundheit

Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in ausgewählten Gesundheits- und Pflegeberufen 2019 (in Prozent)

■ = mit Migrationshintergrund, selbst zugewandert · ■ = mit Migrationshintergrund, in Deutschland geboren · ■ = mit Migrationshintergrund, Gesamtanteil

Altenpflege	24,9	5,3	30,1
Arzt- und Praxishilfe	22,4	4,9	27,3
nichtärztliche Therapie und Heilkunde	12,4	10,7	23,0
Human- und Zahnmedizin	16,2	5,0	21,2
Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe	11,5	3,8	15,3
Gesundheits- und Pflegeberufe insgesamt	16,5	5,9	22,5
alle Erwerbstätigen	18,5	5,9	24,4



News + Termine

DGB Bundeskongress:

Yasmin Fahimi ist neue Vorsitzende

Der Bundeskongress des DGB hat die SPD-Bundestags-abgeordnete Yasmin Fahimi zur neuen Vorsitzenden gewählt. Fahimi erhielt bei der Wahl am 9. Mai 358 von 398 Stimmen. Sie ist die erste Frau an der Spitze des DGB. Fahimi stammt aus Hannover und sitzt seit 2017 für die SPD im Bundestag. Vor 2000 bis 2013 war sie Gewerkschaftssekretärin bei der IG BCE. 2014 und 2015 bekleidete sie das Amt der SPD-Generalsekretärin und war 2016 und 2017 beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. In ihrer Grundsatzrede ging Fahimi auch auf die Themen Migration und Diversität ein. „Wir wollen eine diskriminierungsfreie Gesellschaft: Jeder Mensch kann und darf sein, wie sie oder er sein möchte“ – das sei für den DGB selbstverständlich, so Fahimi. Solidarität sei „oberstes Gebot“, jeder Form von Hass und Hetze werde eine klare Absage erteilt. Es gebe keine andere Organisation, in der Toleranz und Vielfalt so selbstverständlich gelebt würden, wie in einer Gewerkschaft. Fahimi verwies auf die Verweigerung von Arbeitgebern in bestimmten Branchen, die Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen zu regeln, unter anderem in der Fleischindustrie, im Transportgewerbe, sowie in der Landwirtschaft, wo besonders viele Migrant_innen beschäftigt sind. Die Arbeits- und Unterbringungsbedingungen dort „unterscheiden sich nicht von den übelsten Ausbeuterverhältnissen zu Beginn der Industrialisierung“, so Fahimi. Diese Auswüchse werde der DGB zusammen mit der Beratungsstelle Faire Mobilität weiter bekämpfen und skandalisieren. Später forderte Fahimi eine „grundsätzliche Kehrtwende“ in der deutschen Flüchtlingspolitik. Diese solle sich an den Regelungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge orientieren. „Ich denke an den schnellen Anspruch auf Grundsicherung, aber vor allem auch den direkten Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt“, sagte Fahimi der Funke Mediengruppe.

<https://bundeskongress.dgb.de/meldungen>

DGB Bundeskongress II:

Mehr Kontrolle von Sammelunterkünften

Höhere Standards, mehr Kontrolle – auf dem Bundeskongress beschloss der DGB, von der Ampel Verbesserungen bei den Unterkünften für grenzüberschreitend Beschäftigte zu verlangen. Die 2020 im Arbeitsschutzkontrollgesetz festgelegten Qualitätsanforderungen für Gemeinschaftsunterkünfte müssten stärker überprüft werden, Unterbringung sollte grundsätzlich in Einzelzimmern stattfinden. Die Dokumentation der Unterkünfte durch die Arbeitgeber müsse den Kontrollbehörden regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, so der angesehene DGB Antrag. Er fordert, die bisher völlig unregulierten Kosten zu deckeln. Grundsätzlich sei die Unterkunft unentgeltlich vom Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen. Wenn dafür ausnahmsweise eine Geldleistung verlangt werde, dürfe diese einen bestimmten, vertretbaren Höchstwert nicht überschreiten. Sinnvoll sei hier die Festsetzung der Sozialversicherungsentgelt-

verordnung. Zudem dürfe das Entgelt nicht direkt vom Arbeitgeber vom Lohn abgezogen werden. Hintergrund seien „branchenübergreifende Probleme“ bei der Unterbringung von grenzüberschreitend mobilen Beschäftigten aus Europa und Drittstaaten, hieß es zur Begründung im Antrag. Teils hausten in der Fleischindustrie oder in landwirtschaftlicher Saisonarbeit beschäftigte Menschen „in Verschlägen, in heruntergekommenen Höfen unter teils menschenunwürdigen Bedingungen“, teils würden „horrende Bettpreise“ von bis zu 400 Euro monatlich von den Löhnen abgezogen.

<https://bundeskongress.dgb.de/meldungen>

DGB Papier:

Saisonbeschäftigung – worum geht es?

Jährlich kommen über eine Viertelmillion Menschen als Saisonbeschäftigte nach Deutschland um zu arbeiten. Die Landwirtschaft ist auf diese Arbeitskräfte dringend angewiesen. Sie erfahren kaum Wertschätzung, sondern sind im Gegenteil regelmäßig schlechten Arbeits- und Unterkunftsbedingungen ausgesetzt. Über die kurzfristige Beschäftigung wird den Menschen zudem der Sozialversicherungsschutz vorenthalten. In einem neuen Newsletter hat der DGB die wichtigsten Fakten zu dem Thema zusammengestellt.

<https://bit.ly/3Nrwo15>

Frontex: Direktor Leggeri tritt zurück

Nach sieben Jahren an der Spitze der EU-Grenzschutzagentur Frontex reichte der Franzose Fabrice Leggeri, 53, Ende April seinen Rücktritt ein. In einer internen Mail klagte er, die Agentur solle „in eine Art Menschenrechtsorganisation“ verwandelt werden. „Ich gebe mein Amt zurück, weil es aussieht, als ob das Frontex-Mandat, für das ich gewählt wurde, leise, aber effektiv verändert wurde.“ Tatsächlich musste Leggeri gehen, weil Frontex unter seiner Führung immer systematische Flüchtlingsrechte mit Füßen getreten hat – und dabei immer öfter erwischt wurde. Recherchen eines Investigativteams des Spiegels und der NGO Lighthouse Reporting hatten sich ab 2020 minutös mit den Verstrickungen von Frontex in die illegalen Zurückschiebungen an den EU-Außengrenzen befasst. Die Agentur selbst hatte lange jede Beteiligung an diesen zurückgewiesen und die Verantwortung – sofern es erdrückende Beweise für die Pushbacks gab – den nationalen Grenzschützern zugeschoben. Doch als sich ab 2020 Video-Belege und Medienberichte häuften, setzte das EU-Parlament eine Arbeitsgruppe ein, die der Agentur schon vor einem Jahr mit Budgetkürzungen drohte und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 verweigerte. Auch die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde Olaf ermittelte zu „Vorwürfen im Zusammenhang mit Mobbing und Belästigung, Fehlverhalten und Zurückweisungen von Migranten“. Das Fass zum Überlaufen brachte nun offenbar der jüngste Spiegel-Bericht über frisierte Einträge in einer internen Frontex-Datenbank namens „Jora“. Darin wurden Frontex-Einsätze gegen Flüchtlingsboote in der Ägäis falsch verortet. Diese hat-

ten sich tatsächlich in griechischen Hoheitsgewässern abgespielt – in der Datenbank wurden sie aber türkischen Gewässern zugeordnet, um nicht als Pushbacks erkennbar zu sein. Interimsleitung von Frontex ist nun die Lettin Aija Kalnaja.

EU: Kommission will legale Migration erleichtern

Die EU-Kommission will Arbeitskräften die Einwanderung erleichtern. Legale Migration gebe „Migrationswilligen die Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu verbessern, gleichzeitig werden mehr qualifizierte Arbeitskräfte für die Aufnahmeländer gewonnen, die wiederum die Wirtschaft für alle ankurbeln“, sagte Kommissionsvize Margaritis Schinas. Migration sei „Teil der europäischen DNA“. Künftig sollen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse nicht entzogen werden, wenn ein_e Inhaber_in bis zu drei Monate arbeitslos wird. Arbeitgeber_innen, die ihre Beschäftigten unrechtmäßig ausnutzen, sollten sanktioniert werden. Die für eine langfristige Aufenthaltserlaubnis nötigen fünf Jahre sollen künftig auch in verschiedene EU-Länder verbracht werden können. Die Vergabe von Kurzzeit-Visa solle digitalisiert werden, so dass Antragsteller_innen nicht mehr zwingend persönlich zu einem Konsulat reisen müssen. Auch der Wechsel des Arbeitgebers soll künftig leichter möglich sein. Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten müssen die Kommissionsvorschläge nun prüfen.

<https://bit.ly/3wOWD18>

Mittelmeer: Erneut viele Tote in Mittelmeer, Justiz verhandelt in Italien gegen Seenotretter_innen

In den ersten fünf Monaten des Jahres sind mindestens 705 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Das berichtet die UN-Migrationsorganisation IOM. Weitere 5.600 wurden im gleichen Zeitraum von der libyschen Küstenwache auf dem Meer aufgegriffen und in Internierungslager in Libyen zurückgebracht, so das UN-Flüchtlingswerk UNHCR. Rund 30.500 Menschen gelang derweil zwischen Januar und Mitte Mai die irreguläre Einreise nach Europa, davon rund 14.000 nach Italien, rund 12.000 nach Spanien und rund 3.500 nach Griechenland.

Termine

Informationsveranstaltungen von MENTOpro:

Mit einer starken Belegschaft durch die Transformation: Grundbildung – ein Thema für Betriebsräte

08. Juni, 14. Juni und 6. Juli (Wiederholungen)

Einfach besser. Verständlich schreiben – erfolgreich informieren

20. Juni und 7. Juli (Wiederholung)

[Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen: https://www.dgb-mento.de/seminarsuche-mento](https://www.dgb-mento.de/seminarsuche-mento)



Geflüchtete aus der Ukraine brauchen Schutz – und Perspektiven am Arbeitsmarkt



Foto: Reem Alabali-Radovan; © Sascha Krautz

Kommentar von Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Zerbombte Geburtskliniken in Mariupol, Kriegsverbrechen in Butscha, Millionen Menschen auf der Flucht – Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert die Welt und löste die größte Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aus. In Deutschland sind bis Mitte Mai rund 750.000 Geflüchtete eingereist, vor allem Frauen mit kleinen Kindern. Oberste Priorität bleibt, dass sie Schutz bei uns finden, gut an- und unterkommen. Das ist eine große Kraftanstrengung, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam schultern. Dabei können wir auf ein herausragendes Engagement im Land zählen, in Haupt- und Ehrenamt, auch in den Gewerkschaften.

Nach dem Ankommen geht es direkt um Perspektiven – in Kita und Schule, in Ausbildung und Arbeit. Denn viele möchten zwar so schnell es geht zurück. Ob und wie schnell das gelingen kann, ist ungewiss. Das ist die bittere Wahrheit, schauen wir nur in den Donbass. Darum haben wir sofort unsere Gesetze und Verordnungen angepasst: mit langfristigem Aufenthalt, mit sofortigem Zugang zu Arbeit oder Deutschkursen und ab 1. Juni mit Leistungen direkt aus dem SGB II oder XII – statt Asylbewerberleistungsgesetz.

Wer aus der Ukraine flieht, trifft bei uns auf einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt. Ich habe mit vielen

Menschen aus der Ukraine gesprochen, die noch in Not-Unterkünften leben, aber schon arbeiten. Das ist eine enorme Leistung in den Betrieben und Belegschaften! Zu Gute kommt uns, dass Ukrainer_innen vergleichsweise gut qualifiziert sind. Laut IAB hat die Hälfte eine akademische Ausbildung oder einen Bachelor-Abschluss, der etwa der dualen Ausbildung entspricht. Gerade in höherqualifizierten Berufen braucht es dann gute Deutschkenntnisse. Darum war es wichtig, dass wir die Integrationskurse und Berufssprachkurse direkt für alle geöffnet haben. Über 75.000 Teilnahmerechtigungen sind schon ausgestellt. Dabei müssen wir die Kinderbetreuung immer mitdenken – beim Integrationskurs, bei der Arbeitsaufnahme. Dafür hat der Bund den Ländern über 1 Milliarde Euro bereitgestellt. Wir behalten das im Blick und schauen regelmäßig, wo wir nachsteuern müssen.

Zwei Punkte sind jetzt besonders wichtig. Erstens: Gerade die vielen Frauen aus der Ukraine – aber nicht nur diese – sollen einen guten Berufseinstieg finden, ihrem Qualifikationsniveau entsprechend arbeiten, Weiterbildungen und Kinderbetreuung in Anspruch nehmen können – mit guten Löhnen und guter Arbeit. Sie sollen ihre Rechte kennen und nicht in prekäre Jobs gedrängt werden. Diese Erfahrung machen immer noch zu viele Frauen, seien es Frauen, die aus der EU kommen, bei uns arbeiten oder geflüchtete Frauen. Hier setze ich an und möchte noch viel stärker gemeinsam mit dem DGB, den Einzelgewerkschaften und der BA daran arbeiten, dass

sich das verbessert. Mit Informationen in den unterschiedlichsten Sprachen und mit aufsuchender, aktiver Beratung, auch online und in sozialen Medien.

Zweitens: Vergessen wir nicht die Menschen, die aus anderen Regionen der Welt zu uns fliehen oder bereits bei uns sind. Ob aus Syrien oder Afghanistan. Auch sie möchten arbeiten, Deutsch lernen, studieren. Auch sie haben berufliche Qualifikationen. Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Für alle muss Integration gut und schnell möglich sein. Dafür kämpfen die Gewerkschaften, dafür setze ich mich ein, dafür haben wir im Koalitionsvertrag vieles verankert. Das packen wir an: Wir machen Schluss mit Arbeitsverboten, wollen Zugang für alle zu den Integrationskursen, öffnen Wege im Aufenthaltsrecht für Geduldete. Weil wir wissen: Es ist weder human noch sinnvoll, Menschen zum Herumsitzen zu zwingen. Hier kann der historische Schulterchluss der EU und die Geschlossenheit, die eine schnelle Integration von Menschen aus der Ukraine ermöglicht, ein Katalysator sein und zeigen: Es geht um mehr Respekt und Fortschritt in unserem Einwanderungsland. Für alle, egal welcher Herkunft. Das treibt mich an, daran arbeite ich in und mit der Bundesregierung.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

